

# Kommunales

## aus der Ostheide

## Sie haben eine Wahl!

**Am 26. Mai für den Artenschutz und für eine Landrätin stimmen**

*Liebe Bürgerinnen und Bürger der Samtgemeinde Ostheide,*

*am Sonntag, 26. Mai, ist Europawahl. Sie ist entscheidend für unser Zusammenleben in Europa.*

*Europaweit müssen die demokratischen und ökologischen Regeln und nicht zuletzt die sozialen Bedingungen verbessert werden. Dabei sind Transparenz und Begrenzung des Lobbyismus wichtige Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander in Europa.*

*Am 26. Mai ist auch die Wahl der Landrät\*in in unserem Landkreis. Neben meinem Ziel, ein klimaneutrales Zusammenleben im Landkreis zu verwirklichen, gehören auch hier Transparenz und Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen zu meinen Aufgaben.*



**Erika Romberg,**  
Landratskandidatin der Grünen

*Die notwendige Erfahrung und Kompetenz für dieses spannende, aber auch herausfordernde Amt der Landrätin bringe ich durch meine umfangreichen Aufgaben als Beamtin in der Hamburger Baubehörde, meiner sehr lebendigen Tätigkeit als Baustadträtin in Berlin oder meiner aktuellen Stelle als Referatsleiterin im Baucontrolling des Bundesamtes für Bauwesen mit. Die Mechanismen der freien Wirtschaft durfte ich in meinem bisherigen Berufsleben kennenlernen.*

*Daneben werden meine 62 Lebensjahre und der Rückhalt in meiner Familie dafür sorgen, dass ich auch die notwendige Distanz zu zementierten Regelungen des etablierten politischen Tagesgeschäftes in der Landkreisverwaltung aufbringe und abweichenden, sachbezogenen Meinungen gegenüber offen bleibe.*

*Ich verfolge dabei nur ein Ziel: den großen und vielfältigen Landkreis Lüneburg und seine umfassenden Aufgaben in Ihrem Interesse weiterzuentwickeln und die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen des demographischen Wandels für Sie als die Bürger und Bürgerinnen dieses Landkreises zu meistern.*

*Gehen Sie zur Wahl. Entscheiden Sie sich für Europa und entscheiden Sie sich für Ihren Landrat oder sogar Ihre Landrätin*

*PS: Seit 1945 gab es bis heute noch keine Landrätin in Lüneburg. Ist es nicht Zeit, die Geschichte auf neue Wege zu bringen?*

*Ich freue mich auf Sie.*

*Ihre Erika Romberg*

## **Klimaschutz ernst nehmen und handeln** **Passivhausstandard für die Feuerwehren**

Die GRÜNEN fordern: den vielen Worten und Erkenntnissen müssen endlich in allen Bereichen Taten folgen. Die Kommunen müssen dabei mit gutem Beispiel voran gehen, gerade im Ausbau der Infrastruktur. Hier werden auf Jahre hinaus Fakten geschaffen. Es liegt also an uns, jetzt jegliche Chance für die richtige, weil klimaschonende Entscheidung zu ergreifen.

Der Samtgemeinderat Osteide hat kürzlich dem Feuerwehrbedarfsplan zugestimmt. Dort wurde u.a. der Bedarf von zügigen Neubauten in Neetze und in Barendorf festgehalten.

Wir wollen daher mit einem „Leuchtturmprojekt“ Möglichkeiten aufzeigen, wie gerade die kleineren, „alltäglichen“ Nichtwohngebäude (Feuerwehren, aber auch Dorfgemeinschaftshäuser, Sportlerheime, Kindergärten etc.) klimaneutral gebaut werden können.

Ein besonderes Pilot-Projekt wäre dies Vorhaben deshalb, weil bislang eher große Feuerwachen als Passiv- oder Plusenergiehaus gebaut wurden. Es wäre also dringend aufzuzeigen, wie es in der Breite den kleinen Kommunen gelingen kann, den öffentlichen Gebäudebestand zukunftstauglich zu errichten.

Die Ratsfrau Petra Kruse-Runge hat bereits die Klimaschutz und EnergieAgentur Niedersachsen (KEAN) eingeschaltet um fachliche Unterstützung zu erhalten. Hier erwies sich die Ansprechpartnerin als kompetente Hilfe für das weitere Vorgehen und die Projektidee wurde sehr gelobt.

**Die Fraktion der GRÜNEN in der Samtgemeinde Osteide beantragt daher:**

**Die Samtgemeinde Osteide beauftragt umgehend eine spezialisierte, externe Neubauberatung mit dem Ziel, die Feuerwehren in Neetze und Barendorf mindestens im Passivhausstandard, optimalerweise gänzlich co2-neutral zu errichten.**

Diese Beratung wird beauftragt auf der Grundlage der „Richtlinie Energieberatung für Nichtwohngebäude von Kommunen und gemeinnützigen Organisationen“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die umfangreichen Fördermöglichkeiten und zahlreiche ansässige, zugelassene Experten sollten es möglich machen, dies Vorhaben sehr zügig umzusetzen.

## **Die EU-Agrarpolitik und die Europawahl**

### **Die Wahl wird zur Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz**

In der letzten Woche hat der Agrarausschuss des Europaparlaments über die Reform der Europäischen Agrarpolitik (GAP) entschieden. Bei dieser Abstimmung hat sich eine ganz Große Koalition aus Konservativen, etlichen Sozialdemokraten und Liberalen jeglicher substanzieller Änderung in der Agrarpolitik verweigert.

So wurden zahlreiche gemeinsame Änderungsanträge von Grünen und Linken durch eine Schwarz-Rot-Gelbe Mehrheit abgelehnt. Bei diesen Anträgen ging es unter anderem um folgendes: Wir wollten den Teil der Direktzahlungen an die Bauern begrenzen, der nur von der Größe der bewirtschafteten Flächen abhängt. Diese Änderung hätte bäuerliche Betriebe gegenüber großen Agrarriesen gestärkt, die zur Zeit 80 Prozent der Direktzahlungen erhalten. Diese Direktzahlungen wollten wir auch an verbindliche Umweltschutzmaßnahmen, wie z.B. der Verringerung des Einsatzes von Pestiziden, koppeln. Das Scheitern dieser Anträge ist angesichts des dramatischen Artensterbens bei Insekten, Vögeln und Co. eine sehr schlechte Nachricht. Das Artensterben steht in direktem Zusammenhang mit massiven Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Während die Bürgerinnen und Bürger in Bayern per Volksbegehren für mehr Artenschutz gesorgt haben, machen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale im Europaparlament das Gegenteil.

Noch ist aber nicht aller Tage Abend. Denn der Beschluss des Agrarausschusses kommt zu spät, um noch vor der Wahl im Europaparlament endgültig beschlossen zu werden. Das heißt, das nächste Europaparlament kann diese Entscheidung schon im Juli revidieren. Mit anderen Worten: Diese Europawahl ist entscheidend für die EU-Agrarpolitik der Zukunft. Entweder die schlechten Zustände in der Agrarpolitik werden zementiert oder wir bringen den Sektor auf einen nachhaltigen Weg. Durch die rückwärtsgewandte Politik einer unheiligen Allianz von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, würde das Artensterben, ungehemmter Pestizideinsatz, Tierleid und Umwelterstörung weitergehen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es jetzt in der Hand am 26.5. bei den Europawahlen ihre Stimme für eine andere Form der Landwirtschaft abzugeben. Die Europawahl muss zu einer Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz werden. Denn nur wenn es keine Mehrheit mehr für das Weiter-So im nächsten Europaparlament gibt, haben Bienen, Vögel, Fledermäuse und Co. eine Chance.

*von Sven Giegold,  
Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen  
zur Europawahl*